

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/8585 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Absatzfondsgesetzes

A. Problem

Im Zuge der Neuorientierung der Agrar- und Ernährungspolitik im Sinne einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Lebensmittelerzeugung sieht der vorliegende Gesetzentwurf eine Modifizierung der Aufgabenstellung des Absatzfonds und die Änderung der Zusammensetzung seines Verwaltungsrates vor.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 14/8585 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Ablehnung des Gesetzentwurfs.

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Kein zusätzlicher Vollzugaufwand.

E. Sonstige Kosten

Es ist nicht zu erwarten, dass die vorgesehenen Regelungen Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, haben werden.

Zusätzliche Kosten für die Wirtschaft entstehen nicht.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf – Drucksache 14/8585 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 15. Mai 2002

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Siegfried Hornung
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Siegfried Hornung

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 227. Sitzung am 21. März 2002 den Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/8585 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II.

Durch die Neuorientierung der Agrar- und Ernährungspolitik im Sinne einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Lebensmittelerzeugung, deren Zielvorgaben Gesundheit und Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, Tier- und Umweltschutz sowie eine hohe Qualität der erzeugten Produkte sind, ist eine Änderung des Absatzfondsgesetzes erforderlich. Ziel ist es, den Marktauftritt der Agrarerzeugnisse im Interesse aller Produktionsbereiche der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft im In- und Ausland zu fördern. Der Gesetzentwurf sieht deshalb eine Modifizierung der Aufgabenstellung des Absatzfonds und Änderung der Zusammensetzung seines Verwaltungsrates vor.

III.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 129. Sitzung am 17. April 2002 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 78. Sitzung am 17. April 2002 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 87. Sitzung am 15. Mai 2002 die Annahme des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

IV.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 90. Sitzung am 17. April 2002 den Gesetzentwurf anberaten.

Die Fraktion der FDP hat die Durchführung einer Anhörung zu der Gesetzesvorlage beantragt, die von der Fraktion der CDU/CSU unterstützt wurde. In seiner 91. Sitzung am 19. April hat der 10. Ausschuss beschlossen, eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen, die am 29. April 2002 erfolgte und zu der folgende Vertreter eingeladen waren:

- Deutscher Bauernverband
- Deutscher Raiffeisenverband

- Thomas Isenberg, Verbraucherzentrale Bundesverband
- Dr. Thomas Lange, Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt
- Jörg Große-Lochtmann, Marktgesellschaft mbH der Naturlandbetriebe Süd-Ost
- Wendelin Ruf, Centrale Marketing-Gesellschaft

Hinsichtlich der Ergebnisse dieser Anhörungssitzung wird auf das Protokoll der 93a. Sitzung des 10. Ausschusses vom 29. April 2002 verwiesen.

In seiner 96. Sitzung am 15. Mai 2002 hat der 10. Ausschuss die Vorlage abschließend behandelt. In die Beratungen sind auch die Ergebnisse der Anhörungssitzung vom 29. April 2002 eingeflossen.

Seitens der Fraktion der FDP wurde ein Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 14/732 eingebracht.

Von den Koalitionsfraktionen wurden betont, dass es bei dem Gesetzesvorhaben im Kern darum gehe, die deutsche Absatzförderung neben Qualität und Marktpflege auch am Sicherheitsbegriff auszurichten und stärker auf den Markt zu orientieren. Damit soll dem sich verändernden Verhalten der Verbraucher, die zunehmend Tier- und Umweltaspekte in ihre Kaufentscheidung einfließen lassen, Rechnung getragen werden. Mit der Änderung der Zusammensetzung des Verwaltungsrates werde der modifizierte Aufgabenstellung des Absatzfonds entsprochen.

Die von den Ländern geforderte weiter gehende Regionalisierung des Fonds wurde sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht abgelehnt, da die Zusammenarbeit mit der Absatzförderung der Länder gut funktioniere und ein zentraler Bereich davon im Übrigen im Ausland stattfinde.

Das Anliegen, die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) mit der Aufgabe zu betrauen, auch über Betriebsmittel zu berichten, wurde grundsätzlich unterstützt. Eine entsprechende Veranlassung im Gesetz wurde jedoch von den Koalitionsfraktionen aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt.

Es bestand jedoch Einvernehmen im Ausschuss darüber, dass eine Verbesserung der Markttransparenz für Landwirte im Rahmen der gesamten Produktionskette von Nahrungsmitteln sinnvoll wäre und dass einem Vorschlag der Koalitionsfraktionen entsprechend von der Bundesregierung, eventuell im Rahmen von Pilotprojekten, geprüft wird, wie unter Wahrung der Gruppennützigkeit zumindest eine Preisstatistik über Betriebsmittel auf Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe aufgebaut werden kann.

Seitens der Fraktion der CDU/CSU wurde für die vorgesehene Gesetzesänderung, abgesehen von der Umstellung auf Euro, keinerlei Notwendigkeit gesehen. Das bisherige System und die Arbeit des Absatzfonds habe sich bewährt und sei immer auf den Markt ausgerichtet gewesen, so insbesondere auch zunehmend auf die Belange des Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzes.

Außerdem wurde unterstrichen, dass sich der Absatzfonds nicht aus Steuermitteln, sondern Beiträgen seiner Mitglieder

finanziert, was eine enge Zweckbindung hinsichtlich der Gruppennützigkeit der Verwendung dieser Mittel erfordere.

Den Landwirten müsse daher weiter die Möglichkeit erhalten bleiben, über die Verbände entsprechenden Einfluss nehmen zu können. Die beabsichtigte Vertretung weiterer Gruppen im Verwaltungsrat wurde deshalb abgelehnt, um den Fortbestand des Absatzfonds und damit der CMA nicht zu gefährden.

Seitens der Fraktion der FDP wird keinerlei Notwendigkeit für die vorgesehene Gesetzesänderung gesehen. Es sei bedenklich, nicht an der Finanzierung des Fonds beteiligten Verbänden ein Mitspracherecht über den Verwaltungsrat einzuräumen, da dies der notwendigen gruppennützigen Verwendung des Beitragsaufkommens widerspreche.

Im Übrigen sei die vorgesehene Bindung von Marketingmaßnahmen an Belange des Tier-, Verbraucher- und Umweltschutzes entbehrlich, da dies im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften ohnehin zu berücksichtigen sei.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Ausschussdrucksache 14/732 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/8585 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zugestimmt.

Berlin, den 15. Mai 2002

Siegfried Hornung
Berichterstatter